



MATHIAS HUEBENER

Bildungspolitik in Pandemiezeiten: Schluss mit der Zeitvergeudung!

Mathias Huebener, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Sind Kinder nun infektiös oder nicht? Wann kann der Regelbetrieb in Kitas und Schulen wieder losgehen? Diese Fragen scheinen seit Monaten die Überlegungen von Bildungspolitikern in Bund und Ländern zu dominieren. Und die Fragen zeigen: Es herrscht eine Aussitz-Mentalität. Doch diese greift zu kurz, zudem wird erneut kostbare Zeit verspielt. Statt auf die Infektionszahlen zu starren und zu hoffen, dass sie sinken, sollten einfach zwei Annahmen getroffen und auf deren Basis fortan Pläne geschmiedet werden, mit denen gute Bildung möglich ist. Erstens: Wir sollten davon ausgehen, dass das Virus nicht verschwindet. Zweitens: Wir sollten davon ausgehen, dass Kinder genauso infektiös sind wie Erwachsene. Wenn es doch anders kommt oder anders sein sollte: Umso besser. Wenn nicht, müssen wir schnellstmöglich gewappnet sein.

Die Folgen von Lernaussfällen sind real und werfen sehr, sehr lange Schatten, die bildungsökonomischen Studien zufolge auf ganz verschiedene Bereiche des Lebens fallen (etwa den Arbeitsmarkt oder die Gesundheit) und sogar bis in die nächste Generation reichen. Lernaussfälle kreieren auch Bildungs- und andere Ungleichheiten, die weitreichende Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben und auch die Wirtschaft haben.

Impfungen wurden zur Chefsache erklärt, Bildung nicht. Dabei besteht ebenfalls dringender Handlungsbedarf. Zumal Impfungen auch mit Blick auf Bildung nicht das ganze Problem lösen werden. Bei einer Überflutung warten wir schließlich auch nicht darauf, dass das Wasser erst abgeflossen ist, um Notlager aufzubauen und erst dann den betroffenen Menschen zu helfen. Wo also sind die Task Forces, die die besten Ideen sammeln, um gutes Lernen mit dem Virus unbürokratisch in die Fläche zu bringen? Mit dem gleichen Kraftakt, mit dem in kurzer Zeit Impfzentren gebaut wurden, könnten auch neue Lernorte geschaffen werden, die das Präsenzlernen unter bestmöglicher Wahrung des Infektionsschutzes ermöglichen. Es könnte systematisch Personal mobilisiert werden, um auch in kleineren Gruppen außerhalb der Kitas und Schulen frühkindliches und schulisches Lernen zu ermöglichen. Die langfristigen, ökonomischen und gesellschaftlichen Folgekosten von Lernaussfällen

sollten sofortige, hohe Investitionen in eine pandemiefeste Bildungsinfrastruktur rechtfertigen.

„Stufenpläne“ der Bildung sehen im Moment vor allem vor, wann in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen wohl vorübergehend zum Status quo zurückgekehrt werden kann, ab wann sich dem verstärkten Homeschooling zugewendet wird oder ab wann Klassen geteilt unterrichtet werden. Pläne für die Kita gehen kaum darüber hinaus, den Zugang zu beschränken. Ein Katastrophen-Stufenplan der Bildung sollte aber vorsehen, in welchen Etappen die Schul- und Kita-Infrastruktur ausgebaut wird, um langfristig – mit Virus und Infektiosität von Kindern – Lernen zu gestalten. So könnten im ersten Schritt zusätzliche Räume angemietet werden, in denen kurzfristig mobilisiertes Personal wie LehramtsanwärterInnen und pensionierte LehrerInnen unterstützen – ein Vorschlag, der bereits im Frühjahr 2020 von unterschiedlichen Seiten gemacht wurde. Im zweiten Schritt wird die feste Infrastruktur etwa durch Container-Bauweise von Schulen und Kitas erweitert – auch dies ein Vorschlag aus dem Frühjahr 2020, und zwar von keiner geringeren als der Bundesbildungsministerin.

Ideen gibt es sicher viele. Die besten sollten ausgewählt werden und endlich der politische Willen bestehen, diese kurzfristig anzugehen und umzusetzen. Wir können nicht weiter abwarten, bis die Zahlen runtergehen, wir zum Status quo zurückkehren, um dann bei steigenden Infektionszahlen den Betrieb erneut einzuschränken. Und wir können uns nicht dauerhaft auf Distanzlernen verlassen oder akzeptieren, dass Unterrichtszeiten zum Lernen in kleineren Gruppen einfach beschnitten werden. Wir riskieren sonst die Zukunft unserer Kinder, was nicht zuletzt den Generationenvertrag unserer Gesellschaft und unsere Wirtschaft nachhaltig schädigen wird.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 18. Januar 2021 in der Frankfurter Rundschau erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 20. Januar 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Annekatriin Schrenker

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter